

Sparpaket beim Bundesheer

Was steckt hinter den neuesten Einsparungen beim Bundesheer? Warum SozialistInnen nicht für jede Einsparung beim Bundesheer sind. Warum im Endeffekt nicht bei Auslandseinsätzen und Generälen gespart wird, sondern bei Rekruten und der Miliz. Und warum weder die Abschaffung des Bundesheeres noch ein Berufsheer eine Alternative darstellen.

Seite 2

Brasilien: Wasser ist keine Ware!

Sao Paulo, der bevölkerungsreichste und finanzstärkste Bundesstaat Brasiliens, steht vor einer ernsten Wasserkrise. Millionen sind bereits von Wassermangel betroffen. Das Wassersystem in der Hauptstadt Sao Paulo kann in wenigen Wochen zusammenbrechen. Schuld sind Privatisierung, Profitgier, politisches Prestige und Mangel an Planung.

Seite 12

Schwerpunkt

Der IS-Terror und die Krise in Nahost sind das Ergebnis der Politik des Imperialismus. Die heimische Politik hat dabei auch ihren Beitrag geleistet. Doch gibt es auch andere Traditionen in der Region. **Seiten 7-10**



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische Linkspartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 233 | 11.2014

Wohnen darf kein Luxus sein!

Wohnraumspekulation hat ganz offensichtlich Vorfahrt in der Hauptstadt: 2004 wurde der letzte Gemeindebau errichtet, schon davor hatte die SPÖ ihn fast einschlafen lassen. Das lässt viel Raum für Abzocke: Laut AK sind die Mieten 2005-10 um 34,7 % gestiegen! Sie steigen doppelt so schnell wie die Inflation und die Reallohne sanken im gleichen Zeitraum um 5 %. Hinzu kommt der Abbau von MieterInnenrechten, wie die Abschaffung des Kategoriemietzinses, der zumindest gewisse Mietobergrenzen vorgesehen hatte.

weil es extrem schwer ist, überhaupt einen Platz zu ergattern und weil dringend notwendige Sanierungen teilweise überfällig sind.

Doch statt auf öffentlichem Wohnbau setzt die öffentliche Hand fast ausschließlich auf Genossenschaften. Für die ca. 1,5 Millionen Menschen, die in Österreich von Armut bedroht oder betroffen sind, sind die mehreren Tausend Euro Genossenschaftsbeitrag unerreichbar hoch. Für genau diese Menschen macht die Miete oft 50 % oder sogar mehr des Einkommens aus (Quelle: Armutskonferenz). Bis zu



In Wien stehen ca. 80.000 Wohnungen leer – auch diese Spekulation hält die Mieten hoch!

In Salzburg oder Innsbruck ist die Wohnungsnot besonders schlimm. Halbwegs leistbares Wohnen geht hier nur am Stadtrand. Auch in Wien lindern die Gemeindebauten die Lage kaum,

6.000 Zwangsräumungen pro Jahr und Obdachlosigkeit sind die Folge.

Die Wohnungs-Branche ist entfesselt und stellt ihre Profite über unsere Bedürfnisse. Statt drin-

gend benötigter, guter Wohnungen zu leistbaren Preisen werden lieber Luxus-Wohnungen gebaut. Davon erhoffen sich die Immobilienhaie mehr Geld. 80.000 leerstehende Wohnungen in Wien sind ein weiterer Beleg: Private Unternehmen werden das Problem nicht lösen. Als erster Schritt für eine Lösung müsste der leerstehende Wohnraum enteignet werden. Zusätz-

lich braucht es eine öffentliche Wohnbauoffensive, finanziert aus den Vermögen der Reichen. So könnte schnelle Abhilfe gegen die Wohnungsnot geschaffen werden. Statt kapitalistischer Logik, die Wohnen zum Luxus macht, brauchen wir ein demokratisches soziales System, in dem es zuerst um die menschlichen Bedürfnisse geht.

Tilman M. Ruster

Die SLP fordert:

- Keine Privatisierung – öffentliches Wohnbauprogramm für ausreichend leistbare gute Wohnungen
- Enteignung von leerstehendem Wohnraum unter Kontrolle von MieterInnenverbänden!
- Wohnen darf max. 10 % des Einkommens kosten!

Der Standpunkt

von Sonja Grusch Dauerthema Pflege. Die viel zu wenigen Plätze in Pflegeheimen sind oft nicht die menschliche Umgebung, die wir uns für unsere Lieben wünschen. Um es ganz klar zu stellen: Die Kritik richtet sich an die öffentliche Hand bzw. Betreiber, die zu wenig Pflegepersonal anstellen. Wo menschenwürdige Arbeitsbedingungen fehlen, bleibt eine menschenwürdige Behandlung der zu Pflegenden leicht auf der Strecke. Doch meistens scheitert professionelle Pflege ohnehin an den Kosten.

Es wird auf die getreten, die schon am Boden liegen: auf Kranke und Pflegebedürftige. Und das hat

Kranksein ist nicht schön, im Kapitalismus noch weniger

Kalkül. Wer bettlägrig ist, beteiligt sich weniger an Wahlen und leistet keine für den Kapitalismus gewinnbringende Arbeit. Wer Familienmitglieder pflegt, hat kaum Zeit, sich an Widerstand zu beteiligen. Der größte Teil der Pflege wird von Angehörigen geleistet und hier von Frauen. Diese Schwerstarbeit wird – bei weitem zu wenig – durch das Pflegegeld finanziell unterstützt. Der Staat handelt nach dem Motto: Wozu in teure Pflegeheime und angestellte PflegerInnen investieren, wenn die Angehörigen die Arbeit eh billig Zuhause erledigen. Seit 2009 wurde das Pflegegeld nicht mehr erhöht (die Preise sind aber um mindestens 10% gestiegen). Nun plant SPÖ „Sozial“-Minister Hundstorfer eine Reform. Doch was sich dahinter versteckt, ist der Versuch, künftig (zehn)tausenden Menschen den Zugang zu verweigern. Im Amtsschreib liest sich das dann als „die Zugangskriterien für die Pflegegeldstufen 1 und 2 sollen neu definiert werden“. Diese Verschärfung soll mit 1.1.2015 in Kraft treten. Die angekündigte Erhöhung (in der höchsten Pflegestufe um 1,98 %) soll aber erst mit 1.1.2016 wirken. Wenn sie bis dahin nicht noch weiter hinausgeschoben wird. Denn in Krisenzeit zeigt jeder sein wahres Gesicht, auch der Kapitalismus. Und seines ist menschenverachtend.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733

Bundesheer abschaffen?

In der Debatte um die Zukunft des Bundesheeres kommt oft die Forderung nach dessen Abschaffung. Obwohl eine Welt ohne Armeen ein Ziel für SozialistInnen ist, unter kapitalistischen Rahmenbedingungen ist es nicht möglich.

Der kapitalistische Staat braucht „bewaffnete Formationen“, um die Interessen heimischer Banken und Konzerne im In- und Ausland durchzusetzen. Das muss nicht die Armee

sein, wie z.B. in Ferguson (USA), wo die Polizei ausgerüstet mit militärischem Gerät gegen Protestierende vorgeht.

Eine Abschaffung würde also nur zu einem Berufsheer führen, das noch besser geeignet wäre, um Kriege zu führen oder gegen die eigene Bevölkerung vorzugehen. Eine Welt ohne Armee und Polizei wird es erst geben, nachdem der Kapitalismus gestürzt und eine sozialistische Gesellschaft aufgebaut ist.



Sparpaket beim Bundesheer

Das neue Sparpaket bedeutet kein Ende des Bundesheeres oder Abrüstung. Auslandseinsätze sollen aufgestockt werden, damit auch

und Demonstrationen eingesetzt zu werden.

Unter dem aktuellen Sparpaket werden Rekruten leiden, einfache Solda-

Offizierskasinos kommt – seit Jahren kaputt gespart. 2006 wurden die regelmäßigen Übungen gestrichen, heute entfallen auf die Miliz nur 2 % des Heeresbudgets. So werden die Teile des Bundesheeres, die noch eine Alternative zum Berufsheer darstellen, systematisch ausgehungert.

Nein zum Sparen auf Kosten von Wehrpflichtigen und unteren Rängen. Bauwürdige Kasernen müssen renoviert werden und die Grundwehrdiener müssen mindestens 1.700 brutto sowie eine sinnvolle Ausbildung erhalten. Gespart werden kann bei den Privilegien von Offizieren und Generälen, bei Auslandseinsätzen und teurer Ausrüstung wie Panzern und Eurofighter.

Christoph Glaninger

Beim Bundesheer wird gespart, doch dabei geht es nicht um Abrüstung.

zukünftig wirtschaftliche Interessen österreichischer Banken und Konzerne gesichert werden können. Klug will „das Schwergewicht am Balkan ausbauen“ und kann sich ein Engagement in der Ukraine vorstellen.

Auch wird das Heer weiter für Aufstandsbekämpfung aufgerüstet. Es werden Drohnen, Gummigeschosse usw. angeschafft, um künftig gegen Streiks

Innen und die Miliz. Schon jetzt sind die Lebensbedingungen in den baufälligen Kasernen miserabel und der Bezug eines Grundwehrdieners beträgt teilweise weniger als ein Euro/Stunde bei Wochenarbeitszeiten von bis zu 100 Stunden.

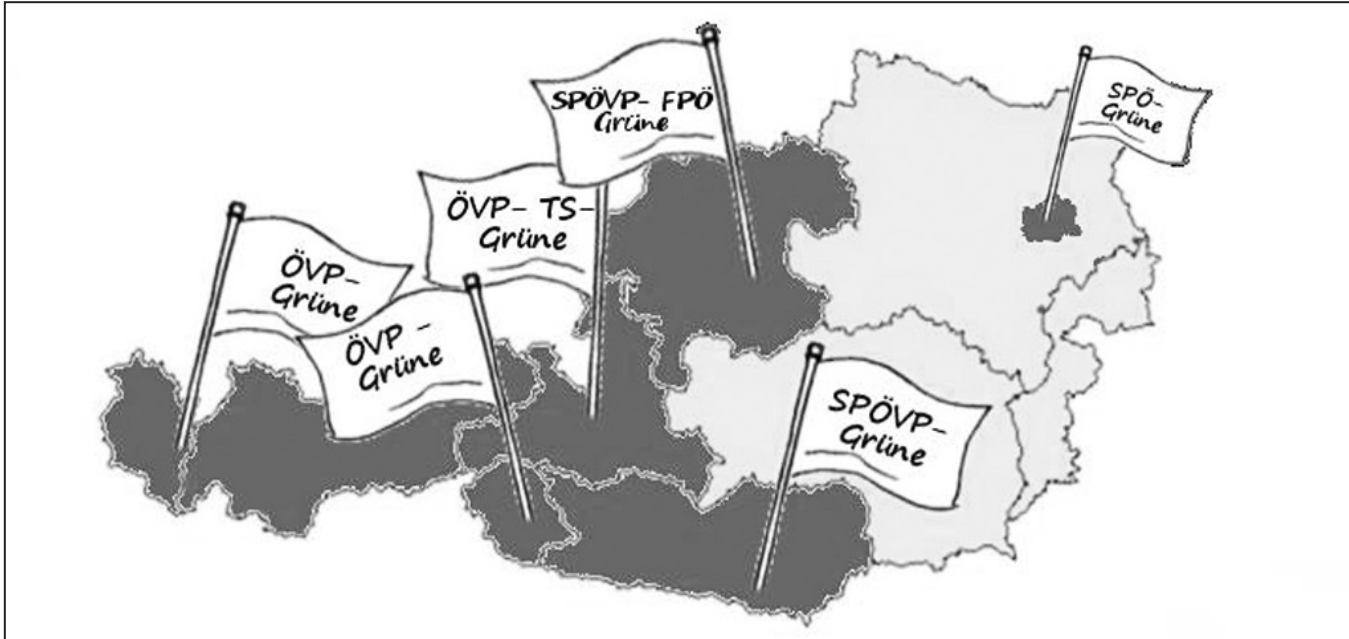
Außerdem wird die Miliz – jener Teil des Heeres, der nicht aus den abgehobenen



Wehrpflicht – aber demokratisch

Als Alternative zu Berufsheer, Sparpaket und Drill fordern wir ein demokratisches Heer: politische und demokratische Rechte für SoldatInnen, normale Arbeitszeiten und ordentliche Bezahlung. Notwendig sind menschenwürdige Arbeitsbedingungen, die Aufhebung der Kasernierung und gewerkschaftliche Rechte für SoldatInnen. Demokratisierung bedeutet die Wahl der Offiziere durch die SoldatInnen, die militärische

Ausbildung unter Kontrolle der Gewerkschaften sowie die Abschaffung von Disziplinarmaßnahmen und Strafen. Weg mit allen militärischen Geheimdiensten und Offiziersverbindungen. Bekämpfung rechter und faschistischer Propaganda im Heer. Solange das Bundesheer zur Durchsetzung der politischen und wirtschaftlichen Interessen der Herrschenden dient, müssen wir uns jede Verbesserung von unten erkämpfen.



Grüne: Brav und regierungsfähig

Auf ihrem Weg von einer vermeintlich linken Alternative hin zur Regierungspartei sind die Grünen mittlerweile in sechs reich durchzuführen. Sie stimmen Nulllohngruppen ebenso zu wie Kürzungen bei der Kinderbetreuung; AsylwerberInnen werden

Bürgerlich und prokapitalistisch: Die Grünen sind bereit für die Regierung.

von neun Landregierungen vertreten. Und die Bundesebene winkt. Angesichts der Krisen von SPÖ und ÖVP freut sich das Kapital über eine zusätzliche stabile bürgerliche Option. Wo die Grünen in der Regierung sind, beweisen sie, dass sie das Zeug dazu haben, genauso Kürzungen im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbe-

reich durchzuführen. Sie stimmen Nulllohngruppen ebenso zu wie Kürzungen bei der Kinderbetreuung; AsylwerberInnen werden unter grüner Herrschaft auch nicht menschlicher behandelt. Die Grünen sind bereit, Politik im Interesse des Kapitals zu machen und Verschlechterungen für die ArbeiterInnenklasse durchzudrücken.

Sie waren nie eine ArbeiterInnenpartei, werden aber immer mehr eine Partei von Kleingewer-

betreibenden und Besserverdienenden: So bekamen sie bei den Stadtratswahlen in Salzburg 2014 im Villen Viertel „Äußerer Stein“ 22,0 %, während sie im ArbeiterInnenviertel Lehen nur 7,5 % wählten. Sie haben kein Problem mit dem Partner „Team Stornach“, der sich das Anatreten erschwindelt hat. All das scheint für Viele weit entfernt von der Vereinigung aus BürgerInneninitiativen, HausbesetzerInnen und auch linken GewerkschafterInnen der 1980er Jahre. Was (v.a. in Ostösterreich) als Sammelbecken von vielen Linken und AktivistInnen begann, ist heute im angepassten Mainstream mit grüner Färbung angekommen.

Hauptaufgabe ist es, den Unternehmen zu zeigen, dass öko auch profitabel sein kann.

Einzelne Linke innerhalb der Grünen stehen damit – alleine schon, weil sie sich mit dem Argument des „kleinsten Übels“ nicht als Opposition formieren – auf verlorenen Posten. Die nicht auf Karriere fixierten Mitglieder (manche der „Jungen Grünen“), v.a. aber auch kämpferische unabhängige GewerkschafterInnen in der Auge/UG müssten hier die Initiative ergreifen. Eine echte Alternative wird es nur geben, wenn sie mit-helfen, eine neue breite, linke ArbeiterInnenpartei aufzubauen.

Stefan Reiffberger

Realpolitische Kürzung in Grün

Für ein Tempolimit auf Tiroler Autobahnen stimmte die grüne Umweltlandesrätin dem Ausbau von sechs Wasserkraftwerken zu, vor den Wahlen war man noch dagegen gewesen. Vor der Grazer Uni war ein Kreisverkehr, jetzt ein „shared space“; für die Bevölkerung kein echter Gewinn, dafür € 600.000,- teuer. Beim Bau des Linzer Westrings lässt man im „koalitionsfreien Raum“ die ÖVP machen, was sie will.

Viele Grüne sind individuell für Flüchtlinge und gegen Nazis tätig. Aber: Die Flüchtlingsquote wird in fünf von sechs grün-regierten Bundesländern nicht erfüllt. Die Jungen Grünen stellten eine Homepage gegen den rechten Burschenschaftsball zur Verfügung, und wurden mit Rauschmiss bedroht. Bundesrat Dönmez („keine Sozialleistungen für Familien, in denen man Burka trägt!“) wird nur gerügt.

Die Grünen haben Nulllohngruppen bei den Gemeindebediensteten in Wien und mit dem Spitalsplan Kürzungen im Gesundheitswesen mitgetragen. In OÖ kürzt die schwarz-grüne Regierung bis 2020 € 362 Mio,- im Gesundheitsressort, das sind 760 Betten und sieben Abteilungen weniger.

Eine Forderung nach der Möglichkeit von Abtreibungen sucht man im Tiroler Programm der Grünen

(Wahl 2013) vergeblich, es gibt nicht einmal eine Kategorie zu Frauen. Dafür soll in Vorarlberg die Pflege zuhause (= durch Frauen) „unterstützt“ werden. In Salzburg gab es Zustimmung zu u.a.: Erhöhung der Parteienförderung, Kürzung des Kinderbetreuungsgeldes um bis zu 50% und Kürzung des Kulturbudgets um bis zu € 5 Mio. Auf Bundesebene gab es Bekenntnisse zum EU-„Rettungsschirm“ zur Bankenrettung – finanziert durch Sozialabbau.

Der rechte Rand

Der „Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik“ (AFP) attestiert sogar das Innenministerium „ausgeprägte Affinität zum Nationalsozialismus“. Trotzdem hat der Staat kein Problem damit, dass diese Kadenschmiede des Neonazismus jährlich „Politische Akademien“ abhält. Gleichzeitig werden antisemitische Veranstaltungen zunehmend bereits im Vorfeld kriminalisiert und verboten. Die AFP sammelt die rechten der Rechten aus dem ganzen Land und international zusammen. Dort wird sich ausgetauscht, vernetzt und, wie 2013, Vorträgen wie „Ein Herz für Rasseforschung. Alte und neue Erkenntnisse der Völkerkunde“ ge-lauscht. Eine „Politische Akademie“ fand im Oktober in Offenhausen (OÖ) statt. Als Referenten waren u.a. Vertreter der ungarischen faschistischen Jobbik-Partei und der griechischen Goldenen Morgenröte angekündigt. Die Jugendorganisation der AFP, der „Bund freier Jugend“ (BFJ) wurde nach einer von der SLP initiierten Kampagne erfolgreich zerschlagen und letztlich verboten. Die AFP verfügt jedoch weiterhin über Ressourcen, ihre Hetze zu verbreiten. Da kommen die Kontakte zur FPÖ nicht ungelegen. FPÖ-Größen wie Johann Gudenus, Horst Jakob Rosenkranz und Hans Jörg Jenewein traten bereits als Referenten bei der AFP auf, genauso wie der bekannte Neonazi Andreas Thierry, der Rechtsextreme Ludwig Reinhaller oder der NS-Liedermacher Frank Rennie. Sogar der bekannte Faschist Horst Mahler referierte bereits bei der AFP – zum Thema: „Das Deutsche Reich als europäische Aufgabe“.

... oder, schlecht getanzt find ich zum kotzen! Der ÖGB ist eine Kampforganisation. Deshalb organisierte er am 14.11.2012 einen Sirtaki-Dancebattle. Mit dieser Aktion wollte er gegen die sozialen und politischen Missstände in den südeuropäischen Ländern vorgehen. Zur selben Zeit wurde in anderen europäischen Ländern Generalstreiks ausgerufen. Diese wurden aber leider nicht konsequent genug geführt und dienten nur zum Dampfablassen. Deshalb hat sich an der Kürzungspolitik von EU und den einzelnen Regierungen auch nichts geändert.

Trotz aller Kritik an diesen Arbeitskämpfen war der österreichi-

**Frisch gekämpft,
ist halb gewonnen!**

sche Beitrag dazu einfach nur lächerlich und eine Schande für den ÖGB. Solidaritätsaktionen sind zwar schön und auch wichtig, aber eine Gewerkschaft hat andere Möglichkeiten, um politische und soziale Probleme zu bearbeiten. Um an diesem kranken System, in dem wir uns befinden, etwas zu ändern, braucht es schlussendlich eine neue ArbeiterInnenpartei, für junge und alte Menschen, solche mit oder ohne Job. So eine Partei muss sich mit anderen solchen ArbeiterInnenparteien vernetzen um global gegen diese Krise zu kämpfen. Kämpferische und entschlossene Gewerkschaftskämpfe würden den Leuten bewusst machen, dass man etwas ändern kann und wären so der Grundstein für eine neue ArbeiterInnenpartei. Die Moral von der Geschichte: anstatt Sirtaki, Walzer oder sonst was zu tanzen, lasst uns denen, die uns immer mehr wegnehmen, den Marsch blasen!

Thomas Hauer

Gute Jobs durch Kollektivvertrag?

Bis vor wenigen Jahren hatten Wissens- und KulturvermittlerInnen in den Bundesmuseen völlig unsichere Jobs. Ein besonderer Skandal in diesem (halb)staatlichen Bereich, da in Sonntagsreden gern die Bedeutung von Kultur beschworen wird. Einiges hat sich seitdem gebessert (z.B. Anstellungsverhältnisse); doch nicht in allen Museen gleichermaßen. Es soll nun ein Kollektivvertrag (KV) für KulturvermittlerInnen geschaf-

det. BetriebsrätInnen des Technischen Museums bringen sich aktiv ein. Wir betonen, dass ein KV dann enorme Verbesserungen brächte, „wenn in ihm ein Anrecht auf Vollzeit festgeschrieben ist. Dies steht nicht im Widerspruch zum Wunsch von KollegInnen, die Halbtags ... arbeiten und diese Zeit flexibel gestalten möchten.“

„Wir geben zu bedenken, dass man von geringfügiger Beschäftigung nicht angemessen leben kann.“

Seit langem wird um einen Kollektivvertrag für die KulturvermittlerInnen der Bundesmuseen gerungen.

fen werden. Ein Gremium aus KollegInnen mehrerer Museen erarbeitet einen Rohentwurf. Dieser soll die Verhandlungsgrundlage der Gewerkschaft gegenüber den Direktionen sein. Ein KV muss klare Verbesserungen und Absicherung für alle beinhalten. Sonst besteht die Gefahr, dass er einen Schritt zurück be-

Langfristig winkt die Privatinsolvenz. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass die Geschäftsführung dies als „Job-Eintrittskarte“ verkauft, diese KollegInnen jedoch als Faustpfand hält, um Druck nach unten und zwar auf alle auszuüben. ... Wir verweisen hier auf die ohnehin niedrig angesetzten Armutgefährdungsschwel-



len des EU-SILC. Vor allem alleinerziehende Mütter sind massiv betroffen!"

"Man darf sich einfach nicht an die schiefe Bahn gewöhnen, die sich durch prekäre Arbeitsverhältnisse, 'working poor' und die 'Generation Praktikum' ausdrücken." Deshalb und aufgrund von Erfahrungen mit der Ver-

handlungsführung der Gewerkschaft müssen wir KollegInnen aller Museen darauf vorbereiten, in öffentlichen Aktionen zusammenzukommen und auch Protestmaßnahmen zu organisieren, damit der KV wirklich Fortschritt bringt.

Franz Neuhold, Betriebsrat im Technischen Museum



150 Euro mehr, denn: Wir sind sozial, aber nicht blöd!

Dieses Jahr gibt es keine Lohnverhandlungen im Sozialbereich. Das haben wir den Gewerkschaftsspitzen zu verdanken, die seit Jahren Reallohnverluste für die KollegInnen aushandeln (da ist nicht nur die Lohnsteuer schuld!). Der letzte Kollektivvertragsabschluss soll sogar für zwei Jahre gelten.

Das muss sich ändern. Deshalb fordert die Kampagne „Sozial aber nicht blöd“ Lohnverhandlungen für 2015. Denn die Ein-

kommen im Sozial- und Gesundheitsbereich liegen 20 % unter dem österreichischen Durchschnitt. Und die Teilzeitquote liegt bei über 50 %. Deshalb ist eine Lohnerhöhung von 150 Euro pro Monat dringend nötig.

Gleichzeitig sind die KollegInnen von massiver Arbeitsbelastung und zunehmend unsicheren Arbeitsbedingungen betroffen. Auch hier müssen dringende Verbesserungen erkämpft werden.

Im Mai hat eine Regionalkonferenz der GPA.djp aus dem Sozialbereich diesen Forderungen zugestimmt. Der Bundesvorstand der Gewerkschaft muss dem nachkommen. Die Bereitschaft zu kämpfen ist da. Doch Druck ist nötig. Dafür kämpft „Sozial aber nicht blöd“ schon in Wien, der Steiermark und Oberösterreich. Wir sammeln Unterschriften und führen diverse Aktionen durch. Mach mit!

Christian Bunke

www.sozialabernichtbloed.ac.at

Das war die Aktionskonferenz

Das von der SLP initiierte Aktionsbündnis gegen den 12-Stunden-Tag organisierte Kundgebungen, eine Demonstration und sammelt Unterschriften. Am 11.10. versammelten sich AktivistInnen, BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen und ArbeiterkammerrätInnen aus ganz Österreich zur Aktionskonferenz. Dabei ging es auch um Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und die Frage, wie Gewerkschaften zu mobilisieren sind. Ziel der Konferenz war es, die Erfahrungen aus den Bewegungen und Kämpfen der letzten Jahre zusammenzufassen. In Arbeitskreisen ging es am Vormittag um grundsätzlichere betriebliche und gewerkschaftliche Fragen, wie z.B. „Wie kann ich KollegInnen im Sozialbereich in Kämpfe integrieren?“. Am Nachmittag stand die Planung der nächsten Aktivitäten im Zentrum.

Berichte aus den verschiedenen Bereichen zeigten, dass die Stimmung in den Betrieben oft kämpferisch ist, die Gewerkschaftsführung aber bremsst. Viele Kampagnen müssen ohne oder sogar gegen die ÖGB-Bürokratie geführt werden. Teilnehmer aus anderen Ländern zeigten auf, was mit einer kämpferischen Gewerkschaftsführung möglich ist: Der

türkische Gewerkschafter Hasan Gülüm berichtete vom schnellen Wachstum neuer, kämpferischer Gewerkschaften. Dabei werden auch soziale Bewegungen aufgegriffen und in die Betriebe getragen: So gab es Solidaritätsstreiks für die Bewegung im Gezi-Park und den Widerstand gegen den IS in Kobanê. Roger Bannister, Gewerkschaftssekretär im öffentlichen Dienst in England, berichtete von erfolgreichen Kämpfen gegen Lohnkürzungen und Kündigungen: Verschlechterungen wurden immer wieder verhindert, indem die Belegschaft von Anfang an über die geplanten Maßnahmen informiert und Streiks und Proteste demokratisch diskutiert, vorbereitet und durchgeführt wurden. Die SLP betont seit Langem die Notwendigkeit, eine organisierte gewerkschaftliche Linke aufzubauen und eine politische Alternative zu Kürzungspolitik und Stellenabbau anzubieten. Das Aktionsbündnis ist ein Schritt in diese Richtung. Es kann als Plattform für Kämpfe gegen die kommenden Angriffe von UnternehmerInnen und Regierungen eine wichtige Rolle dabei spielen, den trägen ÖGB-Apparat herauszufordern und ernsthaften Widerstand zu organisieren.

Flo Klabacher



Widerstand bringt's!

Der ÖVP-dominierte Gemeinderat hatte den Badeplatz „Seebahnhof“ zu Dumpingpreisen an den Großindustriellen Asa-

2008 wurden die Pläne dafür eingereicht, die auf Druck der Bevölkerung immer wieder geändert wurden.

ung von öffentlichem Badegrund.“ Wenn schon ein Hotel, dann sollte es ein Mittelklassehotel sein, gebaut von der öffentlichen

SLP kämpfte mit GmunderInnen erfolgreich gegen die Privatisierung von öffentlichem Badegrund.

mer verscherbelt, es gab Vorwürfe von Korruption und Freunderlwirtschaft. Nicht zuletzt der vehemente Widerstand der Bevölkerung zwang den Gemeinderat nun dazu, das Areal wieder zurückzukaufen.

Ursprünglich war auf dem Areal ein riesiges Wellnesshotel geplant, das hohe Profite für den Investor abwerfen sollte. Schon

2010 sollte mit dem Bau begonnen werden. Die SLP solidarisierte sich mit dem Widerstand. Im Bündnis gegen den Hotelbau organisierten wir Unterschriftenaktionen und Protestpicknicks. Der Höhepunkt war im September 2010 die Organisation einer vielbeachteten Demonstration durch Gmunden gegen das Projekt „Lacus Felix“. Unsere Forderung war unter anderem: „Keine Verbau-

Hand mit fair bezahlten Arbeitsplätzen, und kein Luxushotel mit miesen Arbeitsbedingungen.

Nun ist das Hotelprojekt Geschichte und der Seebahnhof bleibt ein öffentlicher Badeplatz. Dieses Beispiel zeigt: Wir müssen uns nicht dem Willen einiger weniger Reicher beugen, sondern gemeinsam für das kämpfen, was uns zusteht.

Lisa Wawra

TTIP bekämpfen und Kapitalismus abschaffen

Am 11.10. demonstrierten in Linz, Salzburg (2.000 bzw. 800 TeilnehmerInnen) und Wien Menschen gegen TTIP. Das ist ein geplantes Abkommen zwischen USA und EU, das zur Absenkung der Lebensstandards von Millionen ArbeiterInnen führt. Die SLP war aktiv dabei. Bei unserer Intervention betonten wir die Notwendigkeit, den Kampf gegen TTIP mit dem Kampf gegen den 12-Stundentag und andere Verschlechterun-

gen für ArbeiterInnen, sowie dem Kampf gegen Kapitalismus zu verbinden. „TTIP bekämpfen, Kapitalismus abschaffen!“ stand in Salzburg auf unserem Transparent – unser Block war laut und mit Abstand der kämpferischste. Für uns ist klar, die etablierten Parteien werden TTIP nicht verhindern. Nur eine starke und kämpferische Bewegung, die keine faulen Kompromisse eingeht, wird das schaffen!

Lukas Kastner



Termin des Monats



21.11. Demo in Wien: Es reicht!

„Löhne und Gehälter rauf! Mieten und Preise runter!“ Unter diesem Motto demonstriert das von der SLP initiierte „Aktionsbündnis gegen den 12-Stundentag“ am 21. November. Ein Sternmarsch aus besonders von Armut betroffenen Bezirken wird sich in der Wiener Innenstadt treffen – Die SLP wird von der Brigittenau losziehen!

Mach mit bei der Kampagne – schreib an: slp@slp.at

Demonstration am 21.11. um 17⁰⁰ Uhr
Wien 20 – Wallensteinplatz

Rote Seitenblicke

Dominik Unter



Fabian Lehr

*Über das Klassenbewusstsein der
britischen Elite (und wohl nicht nur dieser).*

zum Eton-Absolventen Cameron die umfassende neoliberale Verwüstung des Sozialsystems aller westeuropäischen Länder erlebt. Traditionen der alten Adelsfamilien, wie eben die elitäre Atmosphäre der Spitzenuniversitäten, verbinden sich harmonisch mit denen des modernen Großkapitals. Gleichzeitig versinken Millionen BritInnen in existenzbedro-

Anschlussstor

Torsten Sting, Fußballfan aus Rostock





Ebenso bestürzt wie ratlos steht die „Weltöffentlichkeit“ vor der gegenwärtigen Katastrophe, die sich im Nahen Osten vor Aller Augen ereignet. Täglich gibt es Meldungen über das Elend der vielen Kriegsflüchtlinge (ihre Zahl geht längst in die Millionen), über den scheinbar unaufhaltsamen Vormarsch der IS-Milizen und über die Ausweglosigkeit des

Doch hinter den Kulissen verfolgen sie alle letztendlich nur ihre eigenen imperialistischen Staats- und Wirtschaftsinteressen.

Tatsächlich waren es die Interventionen des westlichen Imperialismus in den letzten hundert Jahren, die ursächlich zur derzeitigen Lage in Syrien, im Irak und auch der östlichen Türkei ge-

ferorganisation „al-Qaida im Irak“ führte.

Im vierten Jahr des Bürgerkriegs in Syrien und der Ausweitung des Konflikts auf die benachbarten Staaten treten sowohl alle inneren Widersprüche der imperialistischen „Weltordnung“ als auch das zynische Spiel der Machtpolitik, die diesem Chaos zugrunde liegt, besonders deutlich zuta-

den, und deshalb auch an der Unterstützung des syrischen Diktators Bashar al-Assad festhalten. Dieser wird allerdings von den USA (noch) als Gegner betrachtet, dem wiederum Russlands Wladimir Putin die Stange hält.

Als besonders zynisch zeigt sich die Taktik des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan. Nicht nur, dass er den Fall der von den kurdischen Volksmilizen der PYD verteidigten, syrisch-türkischen Grenzstadt Kobanê an den IS hingeworfen hätte. Im Sog der Kämpfe nutzte er offenbar auch die Gunst der Stunde, um erstmals seit 2012 wieder mit Kampfjets und Bombardements gegen die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK im Südosten der Türkei vorzugehen.

Und auch, dass der IS – wenn auch auf verschlungenen Wegen – internationale Erdölgeschäfte tätigen und damit regelmäßig Millionen US-Dollars bzw. Euro lukrieren kann,

macht deutlich, wie scheinheilig und heuchlerisch die internationalen Wirtschafts- und Politeliten tatsächlich vorgehen, solange nur die Kassa stimmt.

Selbst wenn es einer Intervention von außen gelänge, den IS militärisch zu zerschlagen und den Bürgerkrieg in Syrien zu beenden, würde das keineswegs eine dauerhafte Lösung der Krise darstellen. Was es dazu braucht, ist eine breite Massenbewegung, die über ethnische (türkisch, kurdisch, arabische) und konfessionelle (sunnitische, schiitische) Grenzen hinweg alle ArbeiterInnen, die Armen, die Unterdrückten der Region eint. Eine solche in Komitees organisierte Bewegung könnte die Basis einer Regierung der Werktätigen sein und so auf Dauer den Ausstieg aus der kapitalistisch-imperialistischen Spirale der permanenten Ausbeutung und Unterdrückung schaffen.

Alexander Svojtko

Je tiefer der Nahe Osten im Chaos versinkt, desto deutlicher wird die Politik des Imperialismus.

Konflikts. Es wächst das Gefühl „da muss man doch was tun!“. Vom US-Präsidenten Obama abwärts zeigen sich denn auch westliche PolitikerInnen zwar „zutiefst betroffen von der humanitären Tragödie“ und „schockiert von den abscheulichen Gräueltaten“ des selbsternannten „Islamischen Staates“ IS.

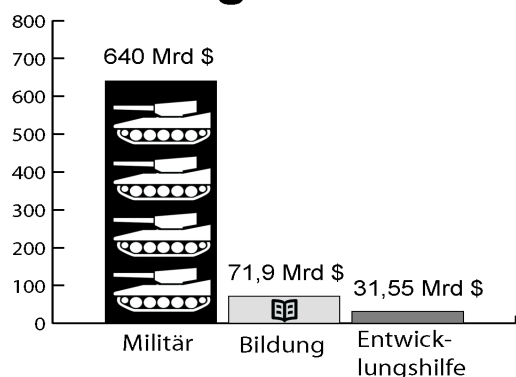
führt haben. Das beginnt mit dem Sykes-Picot-Abkommen, das nach dem 1. Weltkrieg die koloniale Aufteilung der Erbmasse aus dem Osmanischen Reich zwischen Großbritannien und Frankreich regelte. Und es reicht bis zur US-Invasion in den Irak von 2003, die unter anderem auch direkt zur Gründung der IS-Vorläu-

ge. Die Bündnispartner wechseln ständig. Beispiele?

Bekanntermaßen wollen die USA auch ihren langjährigen Erzfeind Iran an Bord der Anti-IS-Allianz holen. Der wird sich jedoch so lange zieren, als im Gegenzug keine Zugeständnisse beim Atomprogramm gemacht wer-

Wer verdient am Krieg gegen den IS?

US-Ausgaben 2013



Grafik: SH 2014

Zahlen und Fakten:

- **Das Geschäft** mit dem Krieg ist ein blutiges, doch höchst profitabel. Weltweit werden Milliarden in Kriegsgesetz investiert, 2013 waren es 1.739 Mrd. USD. Besonders in den Nahen Osten werden seit Jahren Unmengen von Waffen aller Art gepumpt.
- **Deutschland** exportierte zwischen 2003 und 2013 Waffen im Wert von 15 Mrd. €. Speziell seit 2012 wurde in Länder wie Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate geliefert. Es wird vermutet, dass IS gerade aus Saudi-Arabien und Katar aktive Unterstützung bekam, bzw. immer noch bekommt.
- **Auch österreichische** Rüstungskonzerne machen Geschäfte in der Region. Ihnen wurden 2010 rund 1.900 Geschäfte im Wert von fast 1,8 Milliarden Euro durch heimische Ministerien genehmigt. Der Großteil der außereuropäischen Geschäfte werden im Nahen Osten getätigt.
- **Schätzungsweise** stammen 80-90 % aller illegalen Kleinwaffen (Handfeuerwaffen, Schnellfeuerwaffen,...) aus staatlich sanktioniertem Handel. So kommt es zu Fotos von IS-Kämpfern mit österreichischen StG77 von Steyr.
- **IS verkauft** v.a. in der Türkei Öl unter Weltmarktpreis. Diverse europäische Staaten bzw. Unternehmen kaufen es auch, wie die EU-Botschafterin im Irak zugeben musste. Welche Staaten bzw. Firmen dazu gehören wird geheimgehalten. Die OMV hat 2010 den größten Öl- und Gas-Konzern der Türkei "Petrol Ofisi" übernommen – ist sie eine davon?
- **Vom blutigen Konflikt**, der zur Zeit in Irak, Syrien und Kurdistan herrscht, profitieren besonders US-Rüstungskonzerne. In den vergangenen drei Monaten legte der Aktienkurs von „Lockheed Martin“ um rund zehn Prozent zu. Das Unternehmen gilt als weltweit größter Rüstungskonzern, 2013 wurde ein Umsatz von 45 Mrd. USD erzielt.
- **Auch die** Rüstungskonzerne „Northrop Grumman“ und „Raytheon“ können sich seit dem Eingreifen der „westlichen Allianz“ gegen IS über steigende Aktienkurse freuen. Raytheon produziert z.B. die Tomahawk-Lenkraketen, welche von der US-Marine abgefeuert werden – Stückpreis: 1,4 Mio. USD

Syrien/Irak/Kurdistan: Die Ursachen der Katastrophe

Vor hundert Jahren, im November 1914, erklärte der osmanische Sultan den Eintritt seines krisengeschüttelten Reiches in den 1. Weltkrieg an der Seite Deutschlands und Österreich-Ungarns. Zwei Jahre vor Kriegsbeginn hatte die British Royal Navy begon-

schützt wurde unterdrückt. Das Gift des Sektierertums breitete sich überall aus.

Ab den 30er Jahren entwickelten sich die Kommunistischen Parteien in der Region von kleinen Intellektuellenzirkeln zu Massenorganisationen.

IS/Isis ist vor allem ein Produkt imperialistischer Politik und des Versagens der Linken.

nen ihre Flotte von Kohlen- auf Ölbetrieb umzustellen und verhalf Öl als strategischem Rohstoff Nr. 1 zu seiner entscheidenden Bedeutung. Das imperiale Interesse an der Region war groß. Gleich zu Beginn des Krieges marschierten die Briten im heutigen Irak ein. Nach 1918 verteilte der Völkerbund (Vorläufer der UNO) die Beute an die Siegermächte.

„Saladin, wir sind zurück!“ Mit diesen Worten fasste der französische General Gouraud die Kreuzfahrmentalität der neuen Herren bei seiner Ankunft in Damaskus zusammen. Zuvor hatte er den arabischen Nationalaufstand blutig niederschlagen lassen. Zur Stabilisierung ihrer Herrschaft setzten Briten und Franzosen auf die altbewährte Teile-und-Herrsche-Politik. Einzelne Gruppen, v.a. religiöse Minderheiten (christliche bzw. alewitische) wurden bevorzugt und in die Kolonialverwaltung integriert. Die muslimische Mehrheit (sowohl sunnitisch als auch

Hunderttausende ArbeiterInnen aus den verschiedensten ethnischen und religiösen Gruppen schlossen sich zusammen um gegen Elend, Imperialismus und für eine bessere Welt zu kämpfen. Die sowjetische Bürokratie opferte diese Bewegungen jedoch am Altar taktischer Bündnisse mit dem Westen.

Die Alternative entstand in Form der Baath-(Erneuerungs-, bzw. Auferstehungs)-Partei(en). Nationalistische Offiziere, inspiriert von der Politik Nassers in Ägypten stürzten 1963 im Irak und in Syrien die jeweiligen Regierungen. Verpackt in pseudosozialistische Rhetorik sprachen die Baath-Parteien nicht nur die nationalistischen Gefühle sondern auch die sozialen Ambitionen an. Ausgehend von den ägyptischen Erfahrungen wurden große Teile der Wirtschaft verstaatlicht, das Sozial-, Bildungs- und Gesundheitssystem entwickelt. Mit sowjetischer Unterstützung wurde versucht, ei-

ne eigenständige Industrie zu entwickeln. Die Sowjetunion, auf verzweifelter Suche nach Verbündeten in der Region, arrangierte sich mit den beiden Diktaturen und zwang die jeweiligen Kommunistischen Parteien zur Aufgabe selbständiger Positionen und zu Bündnissen mit der herrschenden Baath. Während die Regimes sich betont arabisch-national gaben, blieben die kurdischen Minderheiten ausgeschlossen, verfolgt und unterdrückt. Dies ging vom Entzug der Staatsbürgerschaft (Syrien) bis zum Massenmord durch Giftgas (Irak).

Ab den 70er Jahren, mit einer strachelnden Wirtschaft und zwei verlorenen Kriegen gegen Israel, begannen sich die Regime zu wandeln. Vom ursprünglichen nationalrevolutionären Anspruch war wenig übrig geblieben. Während sich die zu einem großen Teil an militärischen Bedürfnissen orientierte Wirtschaft als instabil erwies, wuchs die Opposition unter der Bevölkerung. Da die politische Linke jedoch entweder brutal unterdrückt oder mit dem Regime verbündet war, kanalisierte sich der Widerstand – aus Mangel an Alternativen – in Richtung islamischem Fundamentalismus. Oft wurden die FundamentalistInnen vom Westen als Instrumente gegen unliebsame Regime unterstützt (was nicht bedeutet, dass sie dadurch nur Marionetten seien). Heute richten sich diese Bewegungen oftmals gegen ihre einstigen Förderer. Die Regimes reagierten zweifach



auf diese Herausforderung: einerseits wurden die ehemals weitgehend säkularen (nicht-religiösen) Gesellschaften „re-islamisiert“ (Bau von Moscheen, Entlassung politisch-religiöser Gefangener, religiöse Rhetorik, später im Irak Alkoholverbot etc.). Andererseits zogen sich die Herrschenden Eliten zunehmend auf die eigene Kerngruppe zurück.

Sowohl in Saddam Husseins Irak als auch in Assads Syrien gehörte die

im Irak ein und zerschlugen das sunnitisch dominierte Baath-Regime von Saddam Hussein. Die ehemalige sunnitische Elite wurde entmachtet und eine nicht minder sektiererische schiitisch dominierte Regierung nahm ihren Platz ein. In Syrien versank der ursprünglich friedliche Aufstand für soziale und demokratische Rechte auf Grund der Struktur des Regimes bald im sektiererischen Bürgerkrieg. Damit verbunden waren der

sowohl an das Assad-Regime als auch an den Westen. Der IS ist nicht nur eine Miliz, sondern ein hervorragend vernetztes, Wirtschaftsunternehmen mit beträchtlichen Umsätzen. Ideologisch präsentiert sich der IS als Verteidiger der SunnitInnen gegen „die Ungläubigen“, also andere religiöse Gruppen und den Westen. Das westliche Bombardement unterstützt ihn in dieser Argumentation. Die gleiche Logik, die im Drohenkrieg in Pakistan/Afghanistan gilt, gilt auch hier: beinahe jeder Luftangriff tötet ZivilistInnen und jeder Tote bringt den FundamentalistInnen neue Kämpfer. Vom Imperialismus ist keine Lösung der Katastrophe zu erwarten. Auch keine andere sektiererische Gruppe in der Region wird dauerhafte Stabilität, Frieden und einen Ausweg aus Elend und Krieg bringen können. Derzeit leisten vor allem kurdische Parteien Widerstand gegen IS. Diese haben jedoch (verständlicherweise) vor allem den Schutz der „eigenen“ Leute zum Ziel. Der Kampf für die Rechte der KurdInnen muss mit dem Widerstand gegen IS, Imperialismus und lokale Despoten verbunden werden. Dies geht letztlich nur auf der Grundlage gemeinsamen Kampfes von ArbeiterInnen und Armen aller Religionen und Ethnien zusammen. Dies mag derzeit noch abstrakt klingen, ist aber die einzige Alternative zum sektiererischen und zum imperialistischen Morden.

Georg Maier

Den Widerstand gegen den IS mit dem Kampf gegen den Imperialismus verbinden!

Staatselite einer Minderheit an (Sunniten bzw. Alawiten). Auf der Suche nach loyalen Untergebenen wurden die Schlüsselpositionen in Staat, Armee und Wirtschaft mit Angehörigen der jeweiligen Gruppe besetzt. Je höher die Positionen, desto näher waren ihre TrägerInnen am Präsidenten. Den Kern stellte die herrschende Familie dar. Diese herrschende Schicht war sowohl ökonomisch als auch physisch an das Regime gebunden und wusste, dass sie im Falle eines Umsturzes alles verlieren würde.

Im Irak kam dieser Umsturz mit der US-geführten Invasion 2003. Angetrieben vom Wunsch nach strategischer Kontrolle über die Region und vor allem über das Erdöl marschierten die Koalitionstruppen

Niedergang der säkularen, fortschrittlichen Opposition und die dramatische Stärkung religiöser FundamentalistInnen. Diese konnten zudem auf finanzielle Ressourcen und Waffen aus den Golfstaaten zurückgreifen und diese auch gegen die säkulare Opposition einsetzen.

Auf dieser Grundlage gelang es dem IS, sich Unterstützung aufzubauen. Der völlige Zerfall von staatlicher Ordnung und sozialen Strukturen ermöglichte es ihm, wohl finanziert aus den Golfstaaten, in dem von ihm beherrschten Gebiet eine Grundversorgung sicherzustellen und seinen Einfluss dramatisch auszuweiten. Finanziert wurde dies einerseits durch Plünderungen, andererseits durch den illegalen Verkauf von Erdöl;



Marx aktuell

Angesichts der dramatischen Situation im Nahen Osten sind immer mehr Linke der Ansicht, dass nur ein (temporäres) Bündnis mit den Herrschenden und ihren Militärapparaten, dem US-Imperialismus, der NATO etc. zu einer Befriedung der Region führen könne. Die Debatte ist alles andere als neu und verfolgt uns auch nicht erst seit Irak-, Afghanistan- und Libyen-Krieg. Vor Ausbruch des 1. Weltkriegs kritisierte Lenin das Überlaufen „der Sozialisten auf die Seite ihrer nationalen Imperialismen unter dem Vorwand der Verteidigung von Kultur und Demokratie als Sozialchauvinismus und Sozialverrat“. 1938 ergänzt Trotzki in seinem Artikel „Lenin und der imperialistische Krieg“ in Bezug auf Stalin, Dimitroff & Co. sowie ihre antirevolutionäre und versöhnlerische Politik der „nationalen Einheit“ am Vorabend des 2. Weltkrieges:

Führt ein Bündnis mit dem Imperialismus zum Ziel?

„Es ist nicht schwer zu erraten, wie Lenin die heutigen Führer der Komintern bezeichnet haben würde, die all die Sophistereien der Zweiten Internationale unter den Bedingungen einer weit grundlegenden Zersetzung der kapitalistischen Zivilisation wiederaufleben haben lassen.“ Die Kominternpolitik der Volksfront bedeutete, dass den unterdrückten Kolonialvölkern die Unterstützung „ihrer“ Kolonialherren vorgeschrieben wurde.

Erneut zitiert der Dissident Trotzki 1938 Lenin: „Einheit mit Opportunisten ist die Allianz der Arbeiter mit ihrer 'eigenen' nationalen Bourgeoisie“. Diese Politik dient in Folge der Rettung des Kapitalismus. Trotzki fasst die Debatte innerhalb der sozialistischen Linken am Vorabend des 1. WK folgendermaßen zusammen: *„Der Streitpunkt war nicht der, ob sich Sozialisten individuell der Einberufung widersetzen sollten oder nicht – da gab es keine andere Alternative; Desertieren ist keine revolutionäre Politik. Die Streitfrage war die: Sollten sozialistische Parteien die Kriegspolitik unterstützen, für das Kriegsbudget stimmen? Sollten sie dem Kampf gegen die Regierung entsagen und für die 'Verteidigung des Vaterlandes' agitieren? Die Antwort Lenins war NEIN!“*

Diese Fragen sind auch heute topaktuell, wenn beispielsweise einige PolitikerInnen der Partei Die LINKE in Deutschland eine militärische Intervention des deutschen Imperialismus in Syrien und dem Irak fordern. Sie suchen ein Bündnis mit der Kapitalistenklasse, anstatt aufzuzeigen, dass die imperialistischen Staaten mit ihrer desaströsen räuberischen Politik die gesamte Region in die Barbarei zu treiben drohen. Das vordringlichste Ziel heute muss der Wiederaufbau einer internationalen revolutionären ArbeiterInnenbewegung sein – und deren Unterstützung gerade im Nahen Osten. Nur diese kann Imperialismus und Kapitalismus auf Dauer bekämpfen und eine menschenwürdige Alternative aufbauen. *„Die koloniale Unterdrückung wird immer unerträglich, je stärker das Erwachen der unterdrückten Nationalitäten und ihr Drang nach nationaler Unabhängigkeit ist. Mit anderen Worten: All jene Wesenszüge, die in die Grundlagen der Leninschen Theorie des imperialistischen Krieges eingebettet waren, haben einen noch schärferen und anschaulicheren Charakter angenommen.“*, so Trotzki. Diese mahnenden Worte Trotzkis haben in den letzten Jahrzehnten erschreckend an Brisanz gewonnen.

Pablo Hörtner



Zigtausende verloren in den letzten Jahren in der Region um Irak und Syrien ihr Leben. Millionen mussten fliehen, Diktaturen, Imperialismus und Fundamentalismus haben unsagbares Leid über die Bevölkerung gebracht. Verzweifelt wird ein Ausweg aus der schier end-

Kolonialismus und Unterdrückung diskutiert. Diese wurden dann in den antikolonialen Aufständen 1920-24 zur Praxis. In den 30er Jahren bildeten sich in Syrien und im Irak Gewerkschaften und kommunistische Parteien. Auch in den 50er-60er Jahren kommt

sie sich mit massivstem Widerstand konfrontiert. Berichtet wurde aber nur von den Anschlägen fundamentalistischer Gruppierungen, nicht von der Gründung der irakischen Arbeitslosengewerkschaft UUI. Diese wuchs innerhalb eines Jahres unter schwierigsten Bedingun-

Bagdads mit einem Generalstreik gegen die US-Besatzung.

Als 2011 die Massenbewegung gegen den syrischen Diktator Assad entstand, vereinigte sie Sunni, Shia und KurdInnen im gemeinsamen Kampf gegen die Diktatur und für soziale Rechte. Hundert-

mung, sondern auch gegen den Imperialismus. Mit einer starken internationalen Solidaritätsbewegung im Rücken können sie zur Lokomotive der sozialen Revolution in der Region werden.

Die SLP ist die österreichische Sektion des Committee for a Workers International (CWI). Das CWI hat aktive Organisationen in der Region: in der Türkei, im Libanon, in Israel/Palästina und in Tunesien. Die SozialistInnen des CWI kämpfen in der Region mit aller Kraft für ArbeiterInneneneinheit und eine sozialistische Perspektive. Es ist die Aufgabe der ArbeiterInnenbewegung hier, Proteste und Organisation von ArbeiterInnen vor Ort aktiv zu unterstützen. Wir müssen helfen, starke sozialistische Organisationen in der Region aufzubauen, die die Kämpfe von ArbeiterInnen und Armen zusammenführen und ihnen ein Programm geben können. Nur eine sozialistische Föderation des Nahen und Mittleren Osten kann den Reichtum der Region nutzen, um den Bedürfnissen der Bevölkerung nach Sicherheit, Wohlstand und Frieden nachzukommen.

Sebastian Kugler

Es gilt, die verschütteten Traditionen vom gemeinsamen Kampf der ArbeiterInnen wieder auszugraben.

losen Spirale aus Barbarei und Gewalt gesucht. Und auch, wenn es utopisch scheint: Es gibt ihn. Unter den Trümmern begraben liegt ein roter Faden des gemeinsamen Kampfes in der Region – von ArbeiterInnen und Armen verschiedener Herkunft gegen ihre gemeinsamen UnterdrückerInnen. Diesen Faden aufzuspüren und an ihm anzuknüpfen ist die einzige Möglichkeit, aus der aktuellen Hölle hinauszufinden.

In der Region gibt es eine reiche Tradition an Widerstand. Die junge Sowjetunion rief 1920 in Baku (Aserbaidschan) zum „Kongress der Völker des Ostens“. Es wurden Strategien zum gemeinsamen Kampf von ArbeiterInnen, Bauern und Armen gegen

es zu Massenbewegungen, die allerdings aufgrund der Moskau-Treue der KPn ihr revolutionäres Potential nicht entfalten konnten. Die Gesellschaften in der Region waren, zumindest in den Städten, durchaus säkular geprägt, der Lebensstil „westlich“. Erst durch die Fehler der Linken, die Intervention des Imperialismus und den Aufstieg des Fundamentalismus wurden diese Länder auch kulturell zurückgeworfen. Doch selbst in den letzten Jahren gibt es Anknüpfungspunkte für gemeinsamen Widerstand von Menschen aus der ArbeiterInnenklasse über religiöse bzw. kulturelle Grenzen hinweg: Als die USA 2003 im Irak einmarschierten, sahen

gen auf über 300.000 Mitglieder. Sie stand für einen gemeinsamen Kampf von ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Armen gegen Besatzung und Fundamentalismus. In den folgenden Jahren kam es regelmäßig zu Streiks und Besetzungen in der Ölinindustrie. 2005 streikten etwa 15.000 ArbeiterInnen der Southern Oil Company. FabrikarbeiterInnen in Nahrawahn bildeten bewaffnete Streikposten, um ihre Forderungen nach höheren Löhnen und sozialer Absicherung durchzusetzen – mit Erfolg. 2006 führte ein Aufruf zum Generalstreik in den kurdischen Gebieten im Nordirak zu flächendeckenden Massenprotesten. Ebenfalls 2006 wehrte sich der schiitische Teil

tausende marschierten unter der Parole „Hurriya-Azadi“ („Freiheit“ auf arabisch und kurdisch) durch die syrischen Städte. Hama und Homs wurden durch teilweise tagelange Generalstreiks paralysiert.

Von allen Seiten bedroht, leisten heute v.a. KurdInnen in West-Kurdistan (bzw. Nord-Ost-Syrien) heroischen Widerstand gegen den Terror des IS. Dies ist jedoch nicht Öcalan oder dem Rest der PKK-Führung zu verdanken, sondern der Basis der kurdischen Bewegung, besonders den kämpfenden Frauen. Tausende sehen sich als SozialistInnen und KommunistInnen. Sie kämpfen nicht nur um nationale Selbstbestim-

Katholische Zwangsbeglückung

Von 15.–18. Oktober fand die Aktion „72 Stunden ohne Kompromiss“, mit 5.000 Jugendlichen aus Österreich, statt. Es ist ein Projekt der Katholischen Jugend, Projektpartner ist die Caritas es wird als Medienpartner von Ö3 beworben. Manche Jugendliche meldeten sich über katholische Jugendorganisationen tatsächlich freiwillig. LehrerInnen oder Direktionen können aber auch ganze Schulklassen anmelden, damit war die Teilnahme dann eigentlich nicht mehr freiwillig.

Es soll eine Sozialaktion sein, die größte in Österreich. Soziales Engagement kommt im Schulalltag ohnehin zu kurz – eine gute Sache könnte man meinen.

Doch viele der Jugendlichen (v.a. in den Schulen) können sich weder Teilnahme noch Projekt aussuchen. Sie dürfen nicht selbst losgehen und Ideen entwickeln, sondern es wird ihnen vorgeschrieben – ausgesucht vom Projektleiter der jeweiligen katholischen Diözese. Zwangsbeglückung erzeugt aber selten Hilfsbereitschaft.

Unterstützt wird die Aktion unter anderem vom Rechtsaußen-Barden Xavier Naidoo und diversen katholischen Würdenträgern, gesponsert beispielsweise auch von der Industriellenvereinigung oder

Raiffeisen. Die katholische Kirche kann also – noch zusätzlich zum Religionsunterricht – Jugendliche für ihre Zwecke einspannen und in ihrem Sinne bearbeiten. Denn jedeR GruppenleiterIn bekommt ein Impulsheft inklusive Gebet, mit dem Ziel, dieses „immer wieder gemeinsam zu beten“. Dann wundert es auch nicht mehr, dass neben Projekten wie eine Wasserleitung in einem Park verlegen oder in einem Pflegeheim ausmalen, auch höchst fragliche Projekte von den Jugendlichen „freiwillig“ gemacht werden müssen. Diese haben mit Gemeinnützigkeit wohl wenig zu tun, wie einen Pfarrhof gestalten oder für eine Katholische Beratungsstelle Werbung machen.

Jan war einer der Schüler, die sich durch die Art und Weise der Aktion zwangsbeglückt fühlten und für die das Ganze mit Gemeinnützigkeit wenig zu tun hatte: „Ich bin gerne hilfsbereit und gestalte meinen Lebensraum gerne mit. Aber: Wir sollten für die Seelsorge Flyer verteilen und zu Beginn der Aktion wurde gebetet, und es ist offenbar egal, ob Jugendliche ohne Bekenntnis da waren oder einen anderen Glauben hatten“.

Karin Wottawa



Offenlegung der Bilanzen

An allen Ecken und Enden des Bildungssystems wird gespart, so auch in einem privaten Gymna-

entstanden. Laut Gerüchten wurde der Auftrag, aus welchem Grund auch immer, nicht an die preiswer-

SchülerInnen und LehrerInnen. Um den zahlreichen Forderungen der SchülerInnen eine organisierte Stimme zu geben, habe ich die Organisation von Komitees angeregt. Damit wurde bereits begonnen: Engagierte SchülerInnen nützen ihre Freizeit, um sich zusammenzusetzen und über Verbesserungsmöglichkeiten im Schulalltag zu diskutieren, Forderungen aufzustellen, Strategien zu entwickeln und über diese abzustimmen. SchülerInnen und LehrerInnen wollen sich nicht länger durch die starre Schulführung einengen lassen, sondern ihren Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz selbst gestalten.

Manuel Schwaiger

Mit der Forderung nach Offenlegung der Schulbilanzen konnte ein SLP-Mitglied Schulsprecher werden.

sium in Gmunden. Trotz hoher Schulgelder werden kaum Investitionen, wie etwa in eine Modernisierung der veralteten IT-Ausstattung, getätigt. Argumentiert wird mit Geldmangel. Längst ist bekannt, dass viele der finanziellen Probleme durch die Renovierung vor einigen Jahren

teste Firma vergeben. Das habe ich aufgegriffen und habe – gegen den Widerstand des Direktorats – die Schulsprecherwahlen gewonnen. Meine zentrale Forderung war jene nach der Offenlegung der Bilanzen des Schulvereins sowie mehr demokratische Mitbestimmungsrechte für

Neo(s)liberale Bildungspolitik

neos
lieben
neo-
liberal

„Neos“ soll frischen Wind in die österreichische Politik bringen. Mit lässigem Auftreten wird eine rosarote „Alternative“ verkauft. Dabei wird auf liberale Ideen gesetzt. Im Kombipack mit einer liberaleren Einstellung zu Homosexualität etc. kommt handfester Neoliberalismus.

Neben der Ablehnung von Sozialleistungen, Mindestlöhnen und Kollektivverträgen sollen auch Studiengebühren bis zu € 1.500 pro Semester eingeführt

werden. Wer nicht bezahlen kann, kann einen Kredit bekommen. Dieser ist ab einem bestimmten Einkommen zurückzuzahlen. Klartext: Wer keine reichen Eltern hat, soll das halbe Leben verschuldet sein.

Ja, es braucht radikale Bildungsreformen. Jedoch nicht solche! Was StudentInnen braucht, ist mehr Unterstützung und nicht noch mehr Kapitalismus! 10 Milliarden für Bildung statt für Banken!

Nikita Tarasov

Fundstück des Monats Pensionslücke schließen?



Die Pensionsprognose der PVA zeigte aktuell Zehntausenden, dass auch nach einem Leben voll harter Arbeit den Meisten in der Pension nicht genug zum Leben bleibt. Das nützen Banken und Versicherungen, um Werbung für private Zusatzversicherungen zu machen. Um noch mehr von unserem Geld zu verspekulieren...



Brasilien: Wasser ist keine Ware!

Das Wassersystem in Sao Paulo kann in den nächsten Wochen zusammenbrechen. Ein Faktor in der Wasserkrise ist zwar das unüblich trockene und heiße Wetter, das mit dem Klimawandel im Zusammenhang steht. Aber verantwortlich sind eigentlich Privatisierung,

normalerweise kann eine Situation wie die aktuelle vermieden werden. Es gab im vergangenen Jahrzehnt mehrmals Warnungen vor einer Wasserkrise in Sao Paulo. Aber die Priorität der rechtsgerichteten PSDB, die in den letzten 20 Jahren im Bundesstaat an der Macht war, war eine

denden an AktionärInnen ausgeschüttet. Die Logik des Markts bedeutet: Wenn es weniger Wasser gibt, ist das gut, weil die Preise raufgehen. Neue Reservoirs zu bauen ist eine langfristige Investition. Das bringt den Märkten nicht die kurzfristigen Profite, die sie verlangen.

neur Alckmin weigerte sich, eine Wasserrationierung ins Auge zu fassen. Er wollte die Krise bis nach den Wahlen im Oktober verschieben. Ein Mitglied von LSR (CWI in Brasilien), eine führende Figur in der linken Gewerkschaftsopposition, trat bei diesen Wahlen als regionaler Kandidat an. Er griff die Frage der Wasserkrise auf. LSR steht für die Wiederverstaatlichung des gesamten Wassersystems – Wassernetz, Aufbereitung, Abwassersystem und Reservoirs unter Verwaltung und Kontrolle der ArbeiterInnen. Wir fordern einen Notfallplan gegen die Wasserknappheit. Komitees mit VertreterInnen der Nachbarschaften und Bewegungen müssen Zugang zu Informationen über den Wasserverbrauch (z.B. von großen Betrieben) haben. Sie müssen gemeinsam entscheiden, wo in der Krise die Prioritäten liegen.

Es gab bereits isolierte Proteste gegen den Wassermangel. Diese Proteste können in den kommenden Wochen wachsen – Sao Paulo steht vor einer Hitzewelle. Die Gewerkschaft, die die Wasser-

und AbwasserarbeiterInnen organisiert, hätte rund um die Wasserkrise eine zentrale Rolle spielen können. Leider ist die Gewerkschaftsführung sehr bürokratisch und mobilisierte nicht. Ihre Hauptsorge war, die linke Opposition in den Gewerkschaftswahlen aufzuhalten. In dieser Opposition spielen Mitglieder von LSR eine zentrale Rolle. Um sie zu stoppen, rief die Gewerkschaftsführung die Gewerkschaftswahlen während der Bundes- und Regionalwahlen aus. In den kommenden Wochen muss eine gemeinsame Bewegung von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Studierendenorganisationen etc. gegen die Wasserkrise aufgebaut werden. Die Proteste bisher waren fragmentiert. Es ist nötig, die Proteste zu verbinden und ein gemeinsames Programm zu finden. Ein solches muss die Wurzel des Problems aufgreifen: die Kurzichtigkeit eines Systems, das nur die Profite von Wenigen berücksichtigt und nicht die Bedürfnisse vieler.

Marcus Kollbrunner,
Liberdade Socialismo
e Revolução, Brasilien,
www.lsr-cit.org

Sao Paulo, der bevölkerungsreichste Bundesstaat Brasiliens, steht vor einer ernststen Wasserkrise.

Profitgier und Mangel an Planung. In Campinas, der drittgrößten Stadt im Bundesstaat, leben 1,1 Millionen Menschen. Dort war die Hälfte der Einwohner am 11. Oktober ohne Wasser. An diesem Tag herrschten 37,8 Grad Celsius. Die Stadt rief den Notstand aus. Das Cantareira-Reservoir im Einzugsgebiet Sao Paulo hält nur mehr 4 % seiner Kapazität. Cantareira versorgt neun Millionen Menschen mit Wasser. Dort gibt es Gebiete, wo es nur an einem von drei Tagen Wasser gibt.

Brasilien besitzt 12 % der globalen Frischwasserreserven bei weniger als 3 % der Weltbevölkerung. Trocken- und Dürreperioden sind nichts Ungewöhnliches. Aber

andere. Es war klar, dass die Nachfrage nach Wasser schneller als das Angebot steigen würde. Das Rezept der neoliberalen Regionalregierung war es, den Markt das Problem "lösen" zu lassen. Die staatliche Wassergesellschaft Sabesp wurde teilprivatisiert. Mehr als die Hälfte ihrer Dienstleistungen sind in den Händen von Subunternehmern. Das jüngste Wassersystem, Alto Tiete, wurde vor 20 Jahren gebaut – als Public Private Partnership. Anstatt das Problem des Wasserangebots durch bessere Planung zu lösen, legte die PSDB das Wasser in private Hände. In den letzten fünf Jahren machte Sabesp 2,64 Mrd. Euro Profit. Davon wurden 800 Millionen Euro durch Divi-

Das Outsourcing war teuer und hat die Qualität verschlechtert. Qualifizierte ArbeiterInnen wurden durch LeiharbeiterInnen mit schlechter Ausbildung ersetzt. Als Folge gehen 30 % des aufbereiteten Wassers durch Lecks verloren. Die Privatisierungspolitik ist nicht auf die PSDB beschränkt. Die PT, die sogenannte „Arbeitspartei“ erließ das Bundesgesetz, das Public Private Partnerships überhaupt erst ermöglichte. Die PT-Bundesregierung selbst privatisierte in der letzten Periode Häfen, Flughäfen und Bundesstraßen.

Es wurde im letzten Jahr immer deutlicher, dass eine Wasserkrise droht. Aber Gouver-

Irland: 1 Million zahlt nicht

Der 12. Oktober 2014 wird den IrInnen in Erinnerung bleiben: In Dublin demonstrieren 100.000 Menschen gegen Wassergebühren. Am selben Tag wird Paul Murphy ins Parlament gewählt und stößt damit zu den beiden SP-Mitgliedern, die bereits im Dail (irisches Parlament) sind – Joe Higgins und Ruth Coppinger.

Er ist Mitglied der Socialist Party (SP, CWI in Irland) und Kandidat der Anti Austerity Alliance (AAA). Er hat im Unterschied zu anderen Kandidaten die Bewegung gegen Wassergebühren von Beginn an unterstützt und zu einer Massen-Nichtbezahlungskampagne aufgerufen. Die Anti Austerity Alliance ist aus der Kampagne gegen die Haushaltsgebühren entstanden. Nun ist sie ein wichtiger Faktor in der Organisation der Bewegung gegen Wassergebühren in den Nachbarschaften. Die Gebühren treffen als Massensteuer Menschen mit niedrigem Einkommen stärker als jene mit hohem. Sie sind extrem unsozial.

Die Wahl von Paul erfolgte in einem Dubliner Bezirk, der Kernland von Sinn Fein (SF) ist. SF präsentiert sich gerne als „links“, trägt jedoch trotz der Anti-Establishment-Rhetorik die etablierte Po-

litik mit. Paul ist nicht nur in Worten gegen Wassergebühren. Er machte Vorschläge, wie sie zurückgeschlagen werden können und hilft beim Aufbau einer Massenkampagne, bei der sich Menschen selbst organisieren. Sinn Fein meinte, dass sie „alles anders“ machen würden, wenn sie an der Regierung wären. Das ist dieselbe Stellvertreterlogik wie von den anderen bürgerlichen Parteien. Paul hat seine Gebühren nicht bezahlt – der Kandidat von Sinn Fein schon. Zentral ist für Paul und die anderen Mitglieder der Socialist Party aber nicht die Arbeit im Parlament, sondern die auf der Straße. Nur dort kann der Kampf gewonnen werden – mit Demos, Streiks usw.

Paul Murphy stellt klar „Das hier ist erst der Auftakt im Kampf gegen Wassergebühren. Er wird viele Menschen politisieren, die zuvor nicht aktiv waren. Die ArbeiterInnen wollen instinktiv eine Nichtbezahlungskampagne. Die Aufgabe für die nächste Zeit ist es nun, die Bewegung gegen die Wassergebühren mit und durch die AAA weiter aufzubauen. Das wäre auch ein Schritt hin zu einer neuen ArbeiterInnenpartei. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt dafür.“

Laura Rafetseder



Ebola: Die Toten müssen nicht sein!

Die von Ebola betroffenen Staaten zahlen mehr Zinsen an IWF und Weltbank als für ihr Gesundheitswesen. Auf 100.000 Menschen kommen

gerlöhne, oft seit Monaten nicht ausgezahlt. In einer Reihe von Streiks fordern sie ein Minimum an Schutz und Löhnen.

drohlich erschienen. Ohne Profitorientierung wäre die Forschung weiter, vielleicht Ebola schon heilbar. „Konkurrenz“ behindert

Keine Barbarei ohne Profite, keine Profite ohne Barbarei.

1-2 ÄrztInnen. Ebola ist eine Seuche der Armut. Die Herrschenden reagieren mit Versammlungsverbot, Ausgangssperre, Grenzsperre, Absperrungen. Es kommt zu Knappheit und Teuerung bei Lebensmitteln. Die Polizei erschießt Protestierende, hungernde PatientInnen flüchten aus Isolierstationen. Beschäftigte im Gesundheitswesen arbeiten mit heroischem Einsatz unter katastrophalen Bedingungen für Hun-

Forschung an Medikamenten und Impfstoffen war für Pharmakonzerne unprofitabel, weil Ebola sich bisher auf die ärmsten ländlichen Gebiete beschränkte. Forschung durch z.B. Tekmira und Mapp Bio wurde vom US-Verteidigungsministerium zwecks Bekämpfung biologischer Waffen finanziert, die zurückgefahren wurde, als biologische Waffen dem Imperialismus nicht mehr be-

den Fortschritt. Nun steigen die Aktien der Pharmakonzerne; weiters profitieren Online-Handel, Sanitär- und Desinfektionsmittelbranche, Lebensmittelspekulanten. Die Barbarei muss durch Enteignung beendet werden. Nur in öffentlicher Hand unter demokratischer Kontrolle können Forschung und Pharmaindustrie nach Bedürfnissen von Menschen agieren.

Helga Schröder

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Nigeria: Massiver Arbeitskampf

Mit 25.9. traten über 1.000 Beschäftigte von Lindas Manufacturing Company, einer Fabrik für Haarteile, in Streik. Arbeitsbedingungen und Bezahlung sind miserabel. Die Firma zwingt die Belegschaft mit einem 27-Strafpunkte-System dazu, auch schwerkrank zu arbeiten, Betriebsarzt fehlt sowie so. Auslöser des Streiks war der Tod eines Kollegen – die Firma legte die Leiche einfach vor dem Fabrikstor ab, als ob sie

nichts damit zu tun hätte. Die Kampagne für Demokratie und ArbeiterInnenrechte (CDWR) unterstützt den Arbeitskampf für ordentliche Löhne, sichere Arbeitsbedingungen, fixe Anstellungen (60% sind prekär beschäftigt) und ein Ende des 27-Strafpunkte-Systems. Die offizielle Gewerkschaft lässt die KollegInnen ziemlich im Stich, die CDWR hingegen ist Teil des Arbeitskampfes.

www.socialistnigeria.org

GB: ArbeiterInnen zeigen Stärke

Unter dem Motto „Britanien braucht eine Lohnerhöhung“ mobilisierten die Gewerkschaften für den 18. Oktober zu Großdemonstrationen. Alleine in London kamen ca. 100.000. Dies findet vor dem Hintergrund massiv steigender Lebenshaltungskosten und sinkender Löhne statt. Derweil finden in den verschiedenen Sektoren permanent Streiks statt. Seit Jahrzehnten streikten zum ersten Mal die

Beschäftigten des NHS (Gesundheitssystem) und die Hebammen. Teile der Gewerkschaftsbürokratie versuchen, den Widerstand zu dämpfen und Streiks zu verhindern. Die „Socialist Party“ (CWI in England und Wales) war stark vertreten und mobilisierte am 18.10. mit der Forderung, als nächsten Schritt Streiks zu organisieren, was von unzähligen KollegInnen unterstützt wurde.

www.socialistparty.org.uk

Deutschland

Am 11.10. gingen Menschen weltweit gegen das Freihandelsabkommen der EU mit den USA auf die Straße. In Kassel verteidigten tausende Menschen Fragen wie Kollektivverträge und Umweltschutz. Neben einem breiten Bündnis aus Gewerkschaften, Umweltinitiativen und der Partei „DIE LINKE“ intervenierte auch die Schwesterpartei der SLP und brachte sozialistische Perspektiven in die Diskussion.

www.sozialismus.info



Deutschland hätte sich durch eine erfolgreiche politische Revolution den kapitalistischen Wahnsinn erspart.

Ein Vierteljahrhundert ist es her, dass die Deutsche Mauer fiel. Ein Vierteljahrhundert kapitalistischer Ausbeutung, des Sozialabbau und der Unterdrückung – auch in Ostdeutschland. Seit dem historischen Ereignis am 9.11.1989 versuchen bürgerliche PolitikerInnen und Eliten krampfhaft, die Unausweichlichkeit der Wiedererrichtung des Kapitalismus zu betonen. Doch während der Massenbewegungen 89/90 stellte sich für viele Menschen eine ganz andere Frage: Wie erreichen wir echten Sozialismus?

Die Ausgangssituation? 40 Jahre lang, seit 1945, lebten die Menschen in Ostdeutschland in stalinistischer Umklammerung. Demokratische Mitbestimmungsrechte, Reise- oder Pressefreiheit, Meinungsfreiheit oder gar ArbeiterInnen-demokratie – Fehl-anzeige! Dafür wuchs die Korruption wie ein Geschwür und die abgehobene Bürokratie war ein Hindernis für die Entwicklung im Rahmen der geplanten Wirtschaft Ostdeutschlands. Was MarxistInnen schon seit langem betonten, hatte sich bewährt: Sozialismus funktioniert nur international, nicht in

einem Block und erst recht nicht in einem Land. Als Folge dieser Entwicklung stagnierte die Produktion und die Versuche des Staatsapparates, die aufkeimenden sozialen und gesellschaftlichen Probleme zu unterdrücken, scheiterten zunehmend.

Während viele Jahre lang (noch bis zum Sommer 1989) die Menschen versuchten, aus der DDR zu fliehen, änderte sich dieser Wunsch auf den Leipziger Montagsdemonstrationen am 25. September schlagartig. „Wir bleiben hier!“ war die neue Losung. Die Proteste weiteten sich aus, am 4. November ging in Ost-Berlin eine Million Menschen auf die Straße. Sie stellten nicht die Unterscheidungsmerkmale zu kapitalistischen Staaten – wie z.B. die Planwirtschaft – in Frage, sondern die Privilegien der FunktionärInnen der Sozialistischen Einheitspartei (SED).

Im Zuge der Proteste bildeten sich eine Vielzahl von oppositionellen Organisationen. Ein großer Teil von ihnen strebte offen einen echten, demokratischen Sozialismus an. Vom Rostocker „Klinikrat“ und den Räten im Tierpark Berlin über

Ansätze von Lehrlingsräten in Betrieben bis hin zu Studentenräten (welche diesen Namen in Leipzig und Rostock nach wie vor tragen) bildeten sich von den Betroffenen organisierte Strukturen an Schulen, Universitäten und in den Betrieben. Sogar die MitarbeiterInnen des Ministeriums für Staatssicherheit (Stasi) wählten eine eigene Interessensvertretung. Durch diese neuen und demokratischen Strukturen der ArbeiterInnenklasse wurden Verbesserungen wie der schulfreie Samstag erkämpft, die Protestierenden schöpften Mut. Es kam zu einer regelrechten „Neuverstaatlichung“ der bereits verstaatlichten Betriebe – nur eben demokratisch und unter Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung.

Die Revolution in der DDR war der Beginn einer politischen Revolution, wie sie der Kommunist Leo Trotzki für die stalinistischen Staaten als notwendig erkannt hatte. Im Gegensatz zur sozialen Revolution (wie z.B. in Russland 1917) war der Kapitalismus bereits abgeschafft, es galt also keine kapitalistische Klasse zu enteignen. Nur herrschte in den „realsozialistischen“ Staaten nicht die Arbeiter-

Innenklasse, sondern eine abgehobene bürokratischen Kaste. „Jedenfalls ist die Bürokratie nur durch eine revolutionäre Kraft zu entheben,...“ (Trotzki), und diese fehlte in der DDR. In den neugebildeten, freien Gewerkschaften wurde die Entstalinisierung vorangetrieben. Die SED stand dieser Entwicklung hilflos gegenüber, da ihre FunktionärInnen anders als politische „Führungskräfte“ z.B. im kapitalistischen Westdeutschland ihre Macht alleine aus ihren Ämtern, und nicht etwa aus dem Besitz von Privateigentum zogen. Doch es gab keinen „subjektiven Faktor“, keine revolutionäre Partei, welche die einzelnen Strukturen zusammengebracht hätte.

Hinzu kam noch die internationale Isolation, welcher sich die Bewegung in der DDR ausgesetzt sah und der Wirtschaftsaufschwung in der BRD. Diese Kombination ermöglichte es dem Kapitalismus, sich als tragfähige Alternative zu präsentieren. Gruppen wie die „Marxisten für die Rätedemokratie“, die diese Entwicklung erkannten, waren zu klein, um einen relevanten Einfluss auf die Geschehnisse zu nehmen.

Mit scheinheiligen Versprechungen nach „blühenden Landschaften“ gelang es dem damaligen Bundeskanzler der BRD, Helmut Kohl, die Revolution in Richtung Kapitalismus und Wiedervereinigung zu manövrieren. Die Massen wurden um ihre Zukunft geprellt.

Die heute weit verbreitete „Ostalgie“ hat eine reale Basis: Die Armut in Deutschland steigt ständig, besonders krass ist das Ost/West-Gefälle. Menschen in Ostdeutschland sind ärmer. Die Bruttolöhne sind im Osten um 17% niedriger als im Westen. Was früher die Stasi war, sind heute NSA und Bundesnachrichtendienst. Deutsche Waffen morden weltweit, der versprochene Wohlstand ist nicht eingetreten.

Wäre die Revolution vor 25 Jahren erfolgreich gewesen, unsere Welt wäre heute eine andere. Ein auf internationalen Sozialismus orientiertes Ostdeutschland hätte ein Vorbild für die Menschen in den anderen stalinistischen Staaten und auch im Rest der Welt sein können, die Barbarei der vergangenen 25 Jahre hätte verhindert werden können.

Moritz Erkl

SLP-Programm genau erklärt:

Gerade in immer turbulenter werdenden Zeiten ist es für eine revolutionäre Organisation wichtig, die richtigen politischen Positionen zu Krise, Krieg und Kapitalismus beziehen zu können.

Perspektiven für Österreich und den weiteren Aufbau der SLP.

Von wegen die Jugend sei unpolitisch: Gerade die jüngeren bzw. neueren GenossInnen brachten sich am meisten ein.

Wir haben große Pläne.

Daher wurde eine Überarbeitung unseres Parteiprogramms notwendig. Monate zuvor diskutierten die Ortsgruppen den Programmentwurf und arbeiteten Anträge dazu aus. Am 4. und 5. Oktober fand dies in Wien seinen finalen Ausdruck. In Form vieler und großartiger Beiträge diskutierten und beschlossen wir primär das Programm, aber auch

Da wir einer Internationalen angehören, werden zu solchen Ereignissen auch internationale Gäste aus den Schwestersektionen eingeladen. Dieses Mal nahmen Judy Beishon vom Internationalen Sekretariat, Laura Fitzgerald aus Irland und Wolfram Klein aus Deutschland teil. Judy leitete die Diskussion zu internationalen Perspektiven ein und Laura

erläuterte die konkrete politische Arbeit der irischen Socialist Party. Am ersten Tag entstand eine äußerst interessante Diskussion mit reger Beteiligung darüber, wie wir uns im Kampf gegen IS politisch positionieren. Zwischendurch gab es auflockernde Beiträge über die Arbeit in den Bundesländern. Die AktivistInnen berichteten über wöchentliche Kundgebungen gegen den 12-Stunden-Arbeitstag, die Wahl des ersten sozialistischen Schulsprechers einer katholischen Privatschule in Gmunden und erfolgreiche Aktionen gegen FPÖ und andere Rechte. Durch die Konferenz ist die SLP für die Aufgaben der nächsten Periode gut positioniert.

Simon Stockhammer

Warum gekämpft werden muss

Vor kurzem bin ich in die Sozialistische Linkspartei eingetreten. Dem Weg zum Eintritt ging ein langer Denk- und Entscheidungsprozess voraus. Der Gedanke, das Weltgeschehen aus der akademischen Gemütlichkeit eines Universitätslesesaals zu beobachten und gegebenenfalls zu kommentieren, schien anziehend. Bald jedoch merkte ich, dass meine Annahme falsch

und die genannte Gemütlichkeit eine Illusion war. Im universitären Bereich traf ich auf Ignoranz wohlhabender StudentInnen und pragmatisierter ProfessorInnen einerseits, andererseits auf prekäre Lebens- und Beschäftigungsverhältnisse von ArbeiterInnenstudentInnen und LektorInnen. Außerhalb der Universität trieb und treibt die FPÖ ihr Unwesen. Erschreckend ist,

dass sie mit ihrem nationalistischen und rassistischen Auftreten einen viel zu großen Teil der arbeitenden Menschen in Österreich auf ihrer Seite hat. Im Kampf für ein Recht auf Bildung und gegen das Trugbild einer FPÖ als soziale Alternative will ich im Rahmen der SLP meinen bescheidenen Beitrag leisten.

Adnan Šehić,
geboren 1986 in Jugoslawien,
Student und Sozialarbeiter

Neue Broschüre: Perspektiven für Wirtschaft und Politik in Österreich 2014/2015

„Der Kapitalismus dominiert und kontrolliert unser aller Leben!“, heißt es gleich als erstes in dieser neuen Broschüre. „Die ruhigen Zeiten sind vorbei!“ ist der Titel, und das sind sie schon lange – auch in Österreich. Die Krise ist nicht vorbei. Es gab und gibt weiter Kämpfe in verschiedenen Bereichen. Die bürgerliche Demokratie steckt in einer Vertrauens-

enskrise wie „die“ Politik überhaupt. Dass der Kapitalismus weg muss, ist den meisten schon klar. Aber was dann? Und wie können wir kämpfen? Wie wäre es erst mal mit einer neuen linken ArbeiterInnenpartei? Fakten, Analysen und eine Perspektive auf handlichen 34 Seiten.

A5, 34 Seiten, Preis: 3.– €
Bestellen auf www.slp.at



Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Donnerstag, 18⁰⁰ Uhr
im **'Wiener Café'**
Esplanade Gmunden

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Donnerstag, 18⁰⁰ Uhr
in der **'Pizzeria Contra Punto'**
Kosakengasse 9

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
im **'Alte Welt'**, Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 19⁰⁰ Uhr
im **'Shakespeare'**
Hubert-Sattler-Gasse 3
(Nähe Mirabellplatz)

Kein SLP-Treffen in der Nähe?
Wir helfen Dir beim Aufbau!

NIEDERÖST. & TIROL

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

SLP Wien-West
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
Buchhandlung **'Libreria Utopia'**
15., Preysinggasse 26–28
(Nähe U3 Schweglerstraße)

SLP Wien-Nord
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
in der **'Bäckerei Sesam'**
20., Wallensteinstr. / Treustraße
(Nähe U4 Friedensbrücke)

SLP Wien-Mitte
jeweils Donnerstag, 18³⁰ Uhr
im **'Kebab-Haus'**
4., Operngasse 26
(Nähe U1/U2/U4 Karlsplatz)

Zahlreiche
Termine und
Veranstaltungshinweise
auf www.slp.at



Andere über uns



Das Jugendmagazin VICE berichtete von der Großdemo für Kobanê in Wien und zitiert SLP-Aktivistin Sebastian Kugler: „Der antimuslimische Rassismus von Regierung und FPÖ ist Wasser auf die Mühlen von IS und Co. Wenn wir also IS zurückdrängen wollen, dann müssen wir einen konsequenten Kampf gegen Rassismus und für gleiche Rechte für alle führen.“ Am Titelbild zur Story: SLP-Aktivist Dominik Unter.

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

Mehr Berichte & Analysen
aus sozialistischer Sicht

Jahres-Abo (10 Ausgaben)

€ 24,- Normal-Abo

€ 14,- Sozial-Abo für Menschen ohne eigenem Einkommen
ab € 7,-/Monat: **Alles inklusive Abo** (alle Publikationen der SLP)



VORWÄRTS Jetzt abonnieren: www.slp.at

Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733



Wie Gmunden ein Bauprojekt zu Fall brachte.

Mehr auf Seite 5

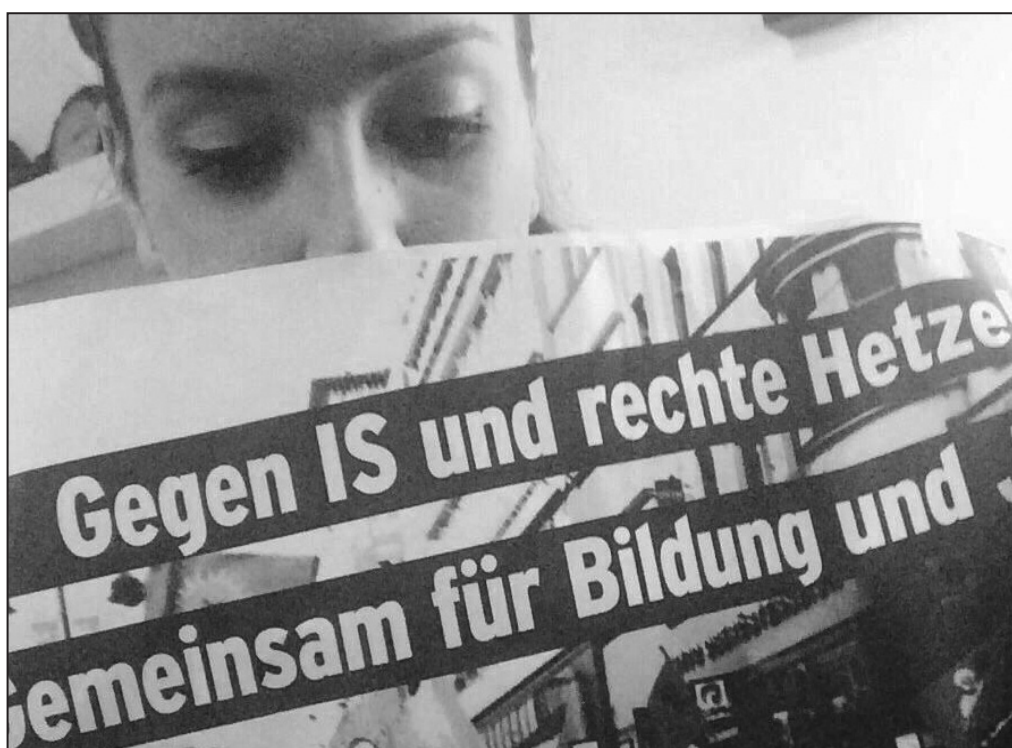
Gegen Fundamentalismus und rechte Hetze! Bildung, Jobs und gleiche Rechte für alle!

Der Terror des "Islamischen Staates" (IS) versetzt die Welt in Schrecken. Er ist das grausame Produkt von Jahrzehnten voller Krieg und ethnischer Spaltung im Interesse von Profiten. Dazu gehört der Einmarsch der USA im Irak 2003. Auch in Österreich werden Muslime/as tagtäglich unterdrückt. Sei es bei der Jobsuche, im Bildungssystem oder durch rassistische Attacken auf der Straße. Diese Diskriminierung, zusammen mit der Kürzungspolitik der Regierung, treibt manche Jugendliche nun auch hier den FundamentalistInnen des IS in die Arme. Regierung, FPÖ und Medien versuchen, alle Muslime/as unter Generalverdacht zu stellen und so

von ihrer eigenen Verantwortung für die wahren sozialen Probleme abzulenken.

Als SozialistInnen bekämpfen wir diese Hetze. Doch wir verschließen nicht unsere Augen vor Fundamentalismus, egal welcher Religion. In Wels initiierte die SLP nun eine Kampagne. Dort hatten IS-Sympathisanten mehrmals eine Aktivistin der Kobanê-Solidaritätsbewegung gefährlich bedroht. Nun kämpfen Jugendliche verschiedener Herkunft gemeinsam gegen Fundamentalismus, aber auch gegen die dort starke FPÖ – und für Bildungschancen und echte Jobs. Nur so kann Rassismus und Fundamentalismus der Boden entzogen werden!

Sebastian Kugler



Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BfJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik,

sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

- Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.